

Kurzberichte

Der Bundeshaushalt 1961

Die von der Finanzpolitik angestrebte Konsolidierung des Staatsbudgets ist 1961 gelungen. Nach dem vorläufigen Gebarungserfolg konnte das formelle Defizit in der Gesamtgebarung dank ausgezeichneten Steuereinnahmen und konsequenter Einhaltung des Konsolidierungsprogramms vom Frühjahr 1961 auf 917 Mill. S gesenkt werden. Es war das geringste seit 1956 und um fast zwei Drittel niedriger, als im Bundesvoranschlag 1961 präliminiert worden war. Berücksichtigt man, daß im ordentlichen Haushalt 1.411 Mill. S für Schuldentilgungen verrechnet wurden, so war volkswirtschaftlich gesehen der Bundeshaushalt sogar leicht aktiv.

Mit dem Budget 1961 wurde der Schlußstrich unter ein finanzpolitisches Experiment gezogen, das 1958 aus konjunkturpolitischen Erwägungen begonnen wurde. Damals hatte die Finanzpolitik zwecks Bekämpfung der vom Weltmarkt übergreifenden Rezession ein für österreichische Verhältnisse ungewöhnlich hohes Budgetdefizit von 5,5 Mrd. S in Kauf genommen. Der Versuch, mit Hilfe einer antizyklischen Budgetpolitik die Konjunktur zu verstetigen, gelang jedoch nur teilweise. Obwohl die Konjunktur 1959 wieder anlief und 1960 bereits Engpässe auftraten, entstanden auch in diesen Jahren Budgetdefizite von 4,0 Mrd. S und 2,9 Mrd. S, die den ohnehin kräftigen Konjunkturauftrieb übersteigerten. Erst 1961 konnte, begünstigt durch außergewöhnliche Umstände, das Budget ins Gleichgewicht ge-

bracht werden. Eine Reservenbildung in der Hochkonjunktur mittels echter Budgetüberschüsse wird jedoch nach wie vor als politisch nicht realisierbar angesehen. Nachdem das Nahziel der Budgetpolitik — die Beseitigung des konjunkturwidrigen Budgetdefizits — erreicht ist, wird es künftig vor allem darauf ankommen, durch Strukturreformen den Staatshaushalt zu befähigen, wichtige Gemeinschaftsbedürfnisse in ausreichendem Umfang zu befriedigen und ein Minimum an konjunkturpolitischer Manövrierfähigkeit zu gewinnen.

Ob und wie weit diese längerfristigen Ziele schon 1962 verwirklicht werden können, läßt sich noch nicht beurteilen. Gegenwärtig ringt die Budgetpolitik noch damit, die 1961 erreichte Konsolidierung des Budgets zu sichern. Der Bundesvoranschlag 1962 enthält formell ein Gesamtdefizit von 1,9 Mrd. S. Die Finanzpolitik hofft zwar, durch Ausgabeneinsparungen und eventuell auch durch Mehreinnahmen das Defizit so weit verringern zu können, daß es dem für die Schuldentilgungen vorgesehenen Betrag (1,3 Mrd. S) entspricht, der Staatshaushalt also auch 1962 volkswirtschaftlich ausgeglichen sein wird. Die versprochene Steuersenkung, die verglichen mit 1961 viel schwächere Zunahme der Steuererträge und Betriebseinnahmen sowie zusätzliche Ausgabenwünsche der Interessengruppen machen es jedoch schwierig, dieses Ziel zu erreichen.

Der Bundeshaushalt 1960 bis 1962

	Ausgaben			Einnahmen			Überschuß (+), Abgang (—)		
	1960 Erfolg	1961 vorläufiger Erfolg	1962 Bundes- voranschlag	1960 Erfolg	1961 vorläufiger Erfolg Mill. S	1962 Bundes- voranschlag	1960 Erfolg	1962 vorläufiger Erfolg	1962 Bundes- voranschlag
Ordentliche Gebarung									
Höchstverwaltung	29 582	34 017	38 213	30 890	36 485	39 095	+ 1 308	+ 2 468	+ 882
Monopole	625	629	656	987	1 045	1 069	+ 362	+ 416	+ 413
Betriebe	3 986	4 412	4 905	4 121	4 557	4 755	+ 135	+ 145	— 150
Bundesbahnen	7 346	7 513	8 273	5 616	6 339	6 612	— 1 730	— 1 174	— 1 661
ERP-Gebarung	556	430	489	542	458	489	— 14	+ 28	0
Zusammen	42 095	47 001	52 536	42 156	48 864	52 020	+ 61	+ 1 883	— 516
Außerordentliche Gebarung									
Bundesinvestitionsprogramm usw.	2 935	2 800	1 360	—	—	—	— 2 935	— 2 800	— 1 360
ERP-Freigaben	138	40	—	138	40	—	0	0	—
Zusammen	3 073	2 840	1 360	138	40	—	— 2 935	— 2 800	— 1 360
Gesamterfolg	45 168	49 841	53 896	42 294	48 924	52 020	— 2 874	— 917	— 1 876
Anlehungsgebarung	1 016	—	—	4 225	—	—	+ 3 209	+ 1 260	—
Unwirksame Gebarung	789	—	—	534	—	—	— 255	—	—
Veränderung der Kassenbestände	—	—	—	—	—	—	+ 27	—	—

Ausgaben

Die Gesamtausgaben des Bundes waren 1961 mit 49 84 Mrd. S (davon 2 84 Mrd. S im a. o. Haushalt) um 4 67 Mrd. S oder 10% höher als im Jahre 1960 (ohne Durchlaufposten 9%). Den bedeutenden Mehrausgaben für Zuschüsse an die Sozialversicherung (+1 11 Mrd. S), Personalaufwand (+0 91 Mrd. S), Staatsschuld (+0 85 Mrd. S), Kinder- und Familienbeihilfen (+0 56 Mrd. S), Subventionen (+0 38 Mrd. S) sowie für Entschädigungsleistungen aus dem Titel des Staatsvertrages (+0 25 Mrd. S) stehen beträchtliche Einsparungen gegenüber. Investitionsförderung (−0 59 Mrd. S), Ablöselieferungen an die UdSSR (−0 31 Mrd. S), Erwerb von Vermögenswerten (−0 17 Mrd. S), Sachaufwand der Landesverteidigung (−0 11 Mrd. S).

Bundesausgaben

	1960 Erfolg	1961 Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (−)	1962 Bundes- vor- anschlag
	Mill. S			
I. Ordentliche Gebarung der Hoheitsverwaltung				
Personalaufwand für Aktive	6.061	6.521	+ 460	7.192
Pensionen	2.357	2.410	+ 53	2.623
Beihilfen, Renten und Unterstützungen	4.660	5.356	+ 696	5.991
Zuschüsse an Sozialversicherungsträger	2.321	3.434	+1 113	3.745
Subvention	1.652	2.033	+ 381	2.081
Staatsschuld (ohne ERP)	1.623	2.472	+ 849	2.616
Brutto-Invest. der ordentl. Gebarung	1.360	1.724	+ 364	2.336
Investitionsförd. d. ordentl. Gebarung	1.173	1.036	− 137	1.250
Instandhaltung und Reparaturen	466	450	− 16	477
Ablösezahlungen an die UdSSR	1.039	724	− 315	325
Sonstige Leistungen aus dem Titel des Staatsvertrages	704	951	+ 247	1.058
Landesverteidigung (ohne Personalaufwand; s. o.)	1.356	1.249	− 107	1.398
Erwerb von Vermögenswerten	409	390	− 19	759
Laufende Transfers an Länder, Gemeinden, Fonds usw.	513	485	− 28	549
Durchlaufposten (unechter Aufwand)	1.660	2.461	+ 801	2.798
Übriger Sachaufwand und sonstige Ressortausgaben (Restpost)	2.228	2.321	+ 93	3.015
Zusammen I	29 582	34 017	+ 4.435	38 213
II Ordentliche Gebarung der Monopole und Betriebe				
Personalaufwand für Aktive	4.696	5.049	+ 353	5.424
Pensionen	2.719	2.765	+ 46	2.983
Betriebsaufwand (sachlicher)	2.962	3.274	+ 312	3.577
Instandhaltung	713	726	+ 13	765
Brutto-Investit. der ordentl. Gebarung	867	740	− 127	1.085
Zusammen II	11 957	12 554	+ 597	13.834
III Ordentliche ERP-Gebarung	556	430	− 126	489
IV Außerordentliche Gebarung				
Investitionen (einschl. Darlehen usw.)	2.935	2.800	− 135	1.360
A. o. ERP-Gebarung	138	40	− 98	
Zusammen IV	3.073	2.840	− 233	1.360
Ausgaben insgesamt (I–IV)	45 168	49 841	+ 4 673	53.896

Der *Personalaufwand* stieg um fast 6% auf 16 74 Mrd. S, da die Anfangsgehälter verbessert wurden und ab 1. Juli 1961 die erste Etappe der vereinbarten Bezugsregulierung (4% von insgesamt 9%) in Kraft trat. Vom Gesamtaufwand entfallen

11 57 Mrd. S auf Aktivbezüge und 5 17 Mrd. S auf Pensionen. Der Anteil der Aktivbezüge am Gesamtaufwand steigt seit Jahren. Aus historischen und politischen Gründen entfiel bisher besonders viel auf Pensionen. Der Anteil der Personalkosten an den ordentlichen Gesamtausgaben war mit 36% etwas niedriger als in den Vorjahren (1960 und 1959 je 38%).

Personalaufwand

	1960 Erfolg	1961 Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (−)	1962 Bundes- vor- anschlag
	Mill. S			
Löhne und Gehälter der Aktiven¹⁾				
Hoheitsverwaltung	6.061	6.521	+ 460	7.192
Monopole und Betriebe	4.696	5.049	+ 353	5.424
	10 757	11.570	+ 813	12.616
Pensionen				
Hoheitsverwaltung	2.357	2.410	+ 53	2.623
Monopole und Betriebe	2.719	2.765	+ 46	2.983
	5.076	5.175	+ 99	5.606
Insgesamt				
Hoheitsverwaltung	8.418	8.931	+ 513	9.815
Monopole und Betriebe	7.415	7.814	+ 399	8.407
	15.833	16.745	+ 912	18.222

¹⁾ Einschließlich Beihilfen und Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung, jedoch ohne die im Sachaufwand verrechneten Personalkosten.

Der Aufwand für *Beihilfen, Renten und Unterstützungen* (ohne Pensionen) stieg um 0 70 Mrd. S auf 5 36 Mrd. S, da vor allem die Kinder- und Familienbeihilfen ab 1. Juli 1961 um rund 20% erhöht und Säuglings- und Mütterbeihilfen eingeführt wurden. Auch die Kriegsopterfürsorge erforderte zusätzliche Mittel (+0 19 Mrd. S). Dagegen erreichten die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung mit 586 Mill. S (− 54 Mill. S) einen absoluten Tiefstand.

Die erste Etappe der Rentenreform wirkte sich 1961 bereits in einer beträchtlichen Erhöhung der *Bundeszuschüsse an die Sozialversicherungsträger* aus. Der Aufwand stieg um 1 11 Mrd. S auf 3 43 Mrd. S und wird in den kommenden Jahren weiter stark steigen, doch können die Kosten der gesamten Rentenreform (bis 1963) derzeit noch nicht voll überschauen werden.

Beihilfen, Renten und öffentliche Unterstützungen

	1960 Erfolg	1961 Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (−)	1962 Bundes- vor- anschlag
	Mill. S			
Kinder- und Familienbeihilfen	2.670	3.232	+ 562	3.704
Kriegsopterfürsorge	1.239	1.430	+ 191	1.370
Arbeitslosenunterstützungen	640	586	− 54	639
Opferfürsorge und Kleinrentner	91	88	− 3	93
Sonstiges	20	20	0	185
	4.660	5.356	+ 696	5.991

Für *Subventionen* mußten 2 03 Mrd. S aufgewendet werden, um 0 38 Mrd. S mehr als im Vor-

jahr. Vom Mehraufwand entfallen fast zwei Drittel auf die Milchpreisstützung, da die subventionierte Marktproduktion ohne Rücksicht auf die Absatzverhältnisse ständig zunimmt

Subventionen

	1960	1961		1962
	Erfolg	Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	Bundesvoranschlag
	Mill S			
Brotgetreidepreisstützung	541	529	- 12	610
Milchpreisstützung ¹⁾	798	1 026	+228	1 005
Sonstige Lebensmittelpreisstützungen	40	67	+ 27	23
Futtermittelpreisausgleich	50	128	+ 78	197
Düngemittelpreisausgleich	215	229	+ 14	228
Sonstige Stützungen	18	59	+ 41	18
Abzüglich Rückersätze	-10	-5	+ 5	.
	1 652	2 033	+381	2 081

¹⁾ Einschließlich Zuschuß zum Defizit des Milchwirtschaftsfonds (1960: 175 Mill S, 1961: 210 Mill S, 1962: 210 Mill S)

Die Kosten der *Staatsschuld* erhöhten sich um 0 85 Mrd S auf 2 47 Mrd S, da vor allem Schatzscheine zusätzlich getilgt wurden (600 Mill S), um die Enge des erstarrten Geldmarktes zu überwinden. Vom Gesamtaufwand entfallen 1 01 Mrd S auf die Verzinsung und 1 41 Mrd S auf die Tilgung der Staatsschuld.

Die Ausgaben des Bundes für *Investitionen und investitionsähnliche Zwecke* (Brutto-Investitionen, Instandhaltung und Investitionsförderung in anderen Bereichen der Wirtschaft) erreichten 6 79

Investitionen, Instandhaltung und Investitionsförderung des Bundes

	1960	1961		1962
	Erfolg	Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	Bundesvoranschlag
	Mill S			
I. Hoheitsverwaltung				
Straßen und Brücken	1 750	2 020	+ 270	1 824
Hochbauten	453	291	- 162	406
Wasserbau und sonstige Bauten	100	180	+ 80	181
Inventar, Maschinen, Fahrzeuge	257	274	+ 17	314
Brutto-Investitionen insgesamt	2 560	2 765	+ 205	2 725
Instandhaltung	466	450	- 16	477
II. Bundesbetriebe und Monopole				
Bundesbahn	1 121	953	- 168	1 303
Post	550	522	- 28	649
Sonstige	71	77	+ 6	69
Brutto-Investitionen insgesamt	1 742	1 552	- 190	2 021
Instandhaltung	713	726	+ 13	765
III. Investitionsförderung in anderen Bereichen der Wirtschaft				
Wohnungsbau	422	277	- 145	290
Land- und Forstwirtschaft	392	404	+ 12	491
Industrie, Gewerbe, Handel	542	293	- 249	250
Sonstige Darlehen und Zuschüsse	377	171	- 206	309
	1 733	1 145	- 588	1 250
Investitionen, Instandhaltung und Investitionsförderung insgesamt	7 396	6 790	- 606	7 371
davon Brutto-Investitionen	4 302	4 317	+ 15	4 746
Instandhaltung ¹⁾	1 361	1 328	- 33	1 375
Investitionsförderung	1 733	1 145	- 588	1 250

¹⁾ Davon militärische Bauten 182, 152 bzw. 133 Mill. S.

Mrd S, um 0 61 Mrd S oder 8% weniger als im Jahre 1960. Da für eigene Brutto-Investitionen und für Instandhaltung nahezu die gleichen Beträge wie im Vorjahr ausgegeben wurden, konzentrieren sich die Einsparungen praktisch auf die Investitionsförderung, die einen der wenigen flexiblen Posten des Budgets darstellt. Freilich ergaben sich die Einsparungen zum Teil nur durch die Blockierung der ERP-Freigaben.

Da die außerbudgetär verrechneten *öffentlichen Wohnbaufonds* (WWF und BWSF) in der öffentlichen Investitionspolitik eine große Bedeutung haben, müssen auch sie in die Budgetanalyse einbezogen werden. Beiden Fonds standen 1 7 Mrd S (1960) und 2 0 Mrd S (1961), zusammen 3 7 Mrd S aus steuerähnlichen Beiträgen, Darlehensrückflüssen, Anleihen und Bundeszuschüssen zur Verfügung. Tatsächlich verbaut wurden in beiden Jahren je 1 5 Mrd S, zusammen 3 Mrd S.

Baufinanzierung des öffentlichen Wohnbaufonds

	1960	1961		1962
	Erfolg	Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	Schätzung
	Mill S			
I. Gewährte Baudarlehen				
Wohnhaus-Wiederaufbaufonds (WWF)	980	910	- 70	1 000
Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds (BWSF)	512	543	+ 31	600
Gefördertes Bauvolumen	1 492	1 453	- 39	1 600
II. Bedeckung				
Beiträge zum WWF	778	961	+ 183	1 030
Anleihen des WWF	-	200	+200	100
Wohnbauförderungsbeiträge (zum BWSF)	420	450	+ 30	470
Darlehensrückflüsse	166	180	+ 14	200
Bundeszuschüsse	301	200	-101	100
	1 665	1 991	+326	1 900

Einnahmen

Die Gesamteinnahmen des Bundes erreichten (1961) 48 92 Mrd S, um 6 63 Mrd S oder knapp 16% (ohne Durchlaufposten 14%) mehr als im Vorjahr. Da die Zuwachsrate bei den Einnahmen um 6% über jener des Sozialproduktes liegt, hat sich die Steuerbelastung erhöht. Die Ausgaben sind aber nur etwa gleich stark gewachsen wie das Sozialprodukt, so daß sich die Budgetlage entscheidend verbessert hat. Mit einer Fortsetzung dieser Entwicklungstendenz ist jedoch kaum zu rechnen. Die Mehreinnahmen stammen ganz überwiegend aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben.

An öffentlichen Abgaben gingen brutto 36 26 Mrd S (+5 48 Mrd S oder +18%) und netto (nach Abzug der Ertragsanteile) 24 24 Mrd S (+3 80 Mrd S oder +19%) ein. Die direkten Steuern erhöhten sich stärker (+22%) als die indirekten

(15%), weil vor allem die Unternehmersteuern — dem Steuerzyklus entsprechend — stark anzogen.

Unter den *direkten Steuern* mit insgesamt 14 83 Mrd. S stiegen die Erträge aus der veranlagten Einkommensteuer von 2 91 Mrd. S auf 3 68 Mrd. S, aus der Lohnsteuer von 2 61 Mrd. S auf 3 20 Mrd. S, aus der Körperschaftsteuer von 1 68 Mrd. S auf 2 13 Mrd. S und aus der Gewerbesteuer von 2 50 Mrd. S auf 2 96 Mrd. S. Die Veranlagung der günstigen Geschäftsjahre 1959 und 1960 hat sich 1961 bereits voll ausgewirkt. Dieser Trend dürfte, wenn auch abgeschwächt, noch einige Zeit anhalten.

Unter den *indirekten Steuern*, die infolge von Tarifierhöhungen (Mineralölsteuer, Tabak) und der Einführung neuer Steuern (z. B. Erbschaftsteuer-äquivalent, Bodenwertabgabe) entgegen langjährigen Erfahrungen stärker als das Sozialprodukt zunahm, erbrachte die *Umsatzsteuer* mit 9 47 Mrd. S wieder die weitaus höchsten Erträge (+0 90 Mrd. S oder +10%). Aber auch die Einnahmen aus Zöllen wachsen nach wie vor kräftig. Sie stiegen um 0 49 Mrd. S (+18%) auf 3 30 Mrd. S, auffallend stärker als die Importe (+5%, Fertigwaren allerdings 13%). An *Verbrauchssteuern* gingen mit 4 56 Mrd. S um 0 76 Mrd. S (+20%) mehr ein als im Vorjahr. Der Mehrbetrag ist großteils Tarifierhöhungen zu danken (Mineralölsteuer, Tabaksteuer).

Bundeseinnahmen

	1960 Erfolg	1961 Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	1962 Bun- desvor- anschlag
	Mill S			
I. Laufende Einnahmen der Hoheitsverwaltung				
Steuern und Abgaben	20 438	24 236	+3 798	25 820
Steuerähnliche Einnahmen	4 651	5 272	+ 621	5 396
Laufende Beiträge anderer öffentlicher Körperschaften und Fonds	503	450	- 53	450
Überweisungen aus dem Ausland	135	50	- 85	772
Zinsen (ohne ERP)	224	256	+ 32	398
Darlehensrückflüsse (ohne ERP)	254	475	+ 221	174
Gewinnanteile und Vermögenserträge	764	698	- 66	912
Veräußerungserlöse	585	590	+ 5	573
Pensionsbeiträge der Beamten	190	199	+ 9	203
Durchlaufposten (unechte Erträge)	1 660	2 461	+ 801	2 798
Laufende Ressort-einnahmen und Sonstiges (Restpost)	1 486	1 798	+ 312	1 599
Zusammen I	30 890	36 485	+5 595	39 095
II. Einnahmen der Monopole und Bundesbetriebe				
Monopole	987	1 045	+ 58	1 069
Post	3 301	3 606	+ 305	3 872
Bundesbahnen	5 616	6 339	+ 723	6 612
Sonstige Betriebe	820	951	+ 131	883
Zusammen II	10 724	11 941	+1 217	12 436
III. Ordentliche ERP-Gebahrung				
ERP-Darlehensrückflüsse	337	307	- 30	363
ERP-Zinsen	122	124	+ 2	106
ERP-Freigaben in der ordentlichen Gebahrung	83	27	- 56	20
Zusammen III	542	458	- 84	489
IV. Außerordentliche Gebahrung ERP-Freigaben				
	138	40	- 98	.
Einnahmen insgesamt (I—IV)	42 294	48 924	+6 630	52 020

Der Ertrag an *Gebühren- und Verkehrssteuern* erhöhte sich um 0 65 Mrd. S (+19%) auf 4 11 Mrd. S. Der relativ hohe Zuwachs ist zum Teil auf neue Abgaben zurückzuführen (Erbschaftsteuer-äquivalent, Bodenwertabgabe).

An steuerähnlichen Einnahmen, die hauptsächlich von der Lohnsumme eingehoben werden, gingen mit 5 27 Mrd. S um 13% (0 62 Mrd. S) mehr ein als 1960.

Von den *sonstigen Einnahmen* der Hoheitsverwaltung sind außer den Kostenersätzen nur die Vermögenserträge und die Veräußerungserlöse von besonderer Bedeutung. Die Vermögenserträge (ohne Zinsen), die sich insbesondere aus Gewinnanteilen des Bundes an der Nationalbank (170 Mill. S) und an den verstaatlichten Banken und Unternehmungen (239 Mill. S) sowie aus Montangebühren

Steuern und steuerähnliche Einnahmen

	1960 Erfolg	1961 Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	1962 Bundes- voran- schlag
	Mill S			
A. Steuern				
1 Direkte Steuern				
Einkommensteuer	2 908	3 679	+ 771	3 600
Lohnsteuer	2 614	3 196	+ 582	3 600
Körperschaftsteuer	1 676	2 135	+ 459	2 100
Vermögenssteuer	523	539	+ 16	675
Gewerbesteuer	2 502	2 965	+ 463	3 150
Beiträge zum WWF	778	961	+ 183	988
Beiträge für die Länder zur Wohnbau- förderung	363	454	+ 91	469
Beiträge für den Familienbeihilfen- Ausgleichsfonds	218	273	+ 55	281
Wohnbauförderungsbeitrag (BWSF)	420	450	+ 30	435
Sonstige direkte Steuern	160	177	+ 17	199
Zusammen (1)	12 162	14 829	+2 667	15 497
2 Indirekte Steuern				
Umsatzsteuer	8 568	9 472	+ 904	10 800
Zölle	2 803	3 297	+ 494	3 700
Tabaksteuer	1 616	1 801	+ 185	1 800
Mineralölsteuer	1 720	2 246	+ 526	2 250
Biersteuer	359	388	+ 29	360
Weinsteuer u. Branntweinaufschlag usw	104	123	+ 19	96
Rechnungsstempel	1 469	1 624	+ 155	1 800
Beförderungsteuer	371	450	+ 79	480
Gründerwerbsteuer	334	345	+ 11	360
Versicherungsteuer	188	213	+ 25	220
Kraftfahrzeugsteuer	181	206	+ 25	210
Sonstige Gebühren u. Verkehrssteuern	907	1 270	+ 363	1 305
Zusammen (2)	18 620	21 435	+2 815	23 381
Öffentliche Abgaben brutto	30 782	36 264	+5 482	38 878
Überweisungen an Länder, Gemeinden, Fonds usw.	10 344	12 028	+1 684	13 058
Öffentliche Abgaben netto (A)	20 438	24 236	+3 798	25 820
B. Steuerähnliche Einnahmen				
Arbeitslosenversicherungsbeiträge	1 217	1 317	+ 100	1 296
Dienstgeberbeiträge zum Kinderbei- hilfen-Ausgleichsfonds	2 715	3 068	+ 353	3 240
Beiträge zum Familienbeihilfen-Aus- gleichsfonds	286	341	+ 55	353
Sonderbeitr. gem § 12 Wohnungsbei- hilfengesetz	282	325	+ 43	305
Einnahmen der Preisausgleichsfonds	134	199	+ 65	185
Sonstige	17	22	+ 5	17
Zusammen (B)	4 651	5 272	+ 621	5 396
Steuern und steuerähnliche Einnahmen des Bundes insgesamt (A + B)				
	25 089	29 508	+4 419	31 216

(Förderzins 217 Mill. S) zusammensetzen, lagen mit 0,70 Mrd. S etwas unter dem Ergebnis des Vorjahres. Dagegen blieben die Veräußerungserlöse mit 0,59 Mrd. S nahezu unverändert.

Die Einnahmen der *Betriebe und Monopole* stiegen 1961 um 1,22 Mrd. S (+11%) auf 11,94 Mrd. S. Die Mehreinnahme ist überwiegend auf Tarifierhöhungen der Bundesbahnen zurückzuführen, doch trugen auch echte Leistungssteigerungen, vor allem die der Post, dazu bei, die Gebarung zu bessern.

Das gesamte Netto-Defizit der Betriebe und Monopole sank von neuem beträchtlich, und zwar von 1,233 Mill. S auf 613 Mill. S. Diese günstige Entwicklung trug viel zur Entlastung des Bundeshaushaltes bei. Diese Tendenz wird sich allerdings 1962 umkehren.

Die ERP-Gebarung verliert infolge der aus politischen Gründen stockenden ERP-Freigaben im Bundeshaushalt zunehmend an Bedeutung.

Ausblick

Der Bundesvoranschlag 1962 rechnet mit Gesamtausgaben von 53,9 Mrd. S, das ist nominell um 8% mehr, als 1961 tatsächlich ausgegeben wurde; real allerdings weniger, weil die Preise erheblich gestiegen sind.

Die Steuerung wäre somit niedriger als im Vorjahr, vorausgesetzt, daß der Ausgabenrahmen rigoros eingehalten wird. Diese Annahme kann sich als begründet erweisen, da 1961 im Gegensatz zu früheren Jahren, die (um die Durchlaufer) bereinigten Gesamtausgaben des Voranschlages tatsächlich nur um 1,1 Mrd. S, das heißt um kaum mehr als 2%, überschritten wurden, obwohl nach der Budgeterstellung noch zusätzliche Ausgaben anfielen (Subventionen, Kinderbeihilfen, zusätzliche Schuldentilgung usw.). Freilich ist auch die geplante Ausgabensteigerung noch immer höher als das zu erwartende Wachstum des Sozialproduktes.

Die mit 52,0 Mrd. S veranschlagten Einnahmen liegen nur um etwa 6% über den effektiven Eingängen des Vorjahres und halten sich damit etwa im Rahmen des voraussichtlichen gesamtwirtschaftlichen Wachstums. Diese Schätzung ist weder optimistisch noch zu vorsichtig, da der hohe echte Einnahmewachstum des Vorjahres (14%) zum Teil auf Ursachen beruhte, die 1962 nicht mehr wirksam sind. Vor allem entfällt der Effekt der Steuer- und Tarifierhöhungen von 1961. Außerdem läßt das wirtschaftliche Wachstum spürbar nach und schließ-

lich wird die geplante Steuerenkung noch heuer die Steuererträge mindern. Der beabsichtigte Abbau des Defizits von 0,5 Mrd. S in der ordentlichen Gebarung wird allein ein zusätzliches Prozent an Einnahmenssteigerung erfordern. Mit weiteren Mehreinnahmen kann realistischer Weise kaum noch gerechnet werden. Auf Grund der abschätzbaren Ausgaben- und Einnahmenentwicklung kann jedenfalls jetzt schon angenommen werden, daß der geplante Defizitabbau im Jahre 1962 weitaus schwieriger sein wird als im Vorjahr.

Stand der Finanzschulden des Bundes

	1959		1960		1961	
	Stand	Veränderung	Stand	Veränderung	Stand	Veränderung
	Mill. S					
I. Auslandsschuld						
davon						
a) Titrierte Schuld	1 315	- 124	1 174	+ 459	2 716	+ 942
b) Nicht titrierte Schuld	945	- 60	554	- 391	502	- 52
Summe I	2 260	- 184	2 328	+ 68	3 218	+ 890
II. Inlandsschuld						
1. Fundierte Schuld	10 604	+ 3 377	12 008	+ 1 404	11 738	- 270
davon						
a) Titrierte Schuld	6 980	+ 2 655	8 164	+ 1 184	8 435	+ 271
b) Nicht titrierte Schuld	3 624	+ 722	3 844	+ 220	3 303	- 541
2. Schwebende Schuld ¹⁾	6 920	+ 959	7 978	+ 1 058	7 392	- 586
Summe II	17 524	+ 4 356	19 986	+ 2 462	19 130	- 856
Gesamte Bundesschuld	19 784	+ 4 152	22 314	+ 2 530	22 348	+ 34
davon						
Kurzfristig ²⁾	8 198	+ 841	9 367	+ 1 169	8 404	- 963
Langfristig ³⁾	11 586	+ 3 311	12 947	+ 1 361	13 944	+ 997

¹⁾ Laufzeit bis einschließlich 1 Jahr (Bundesschatzscheine) — ²⁾ Laufzeit bis einschließlich 5 Jahre — ³⁾ Laufzeit länger als 5 Jahre.

Die Bundesschuld

Das erste Mal seit 1957 hat sich die Staatsschuld nicht mehr erhöht. Dank dem Budgetausgleich 1961 konnte der Stand der Finanzschulden des Bundes zum 31. Dezember 1961 mit 22,348 Mill. S nahezu auf dem gleichen Stand des Vorjahres gehalten werden (31. Dezember 1960 22,314 Mill. S). Der Wandel in der Budgetpolitik kommt darin deutlich zum Ausdruck.

Gemessen am Sozialprodukt hat sich das relative Gewicht der Bundesschuld sogar von 15% auf 14% verringert. In den Jahren 1950 und 1937 war es mit 22% und 39% bedeutend größer.

Die *laufenden Kosten* der Bundesschuld (Tilgung und Verzinsung), die für die Beurteilung der effektiven Schuldenlast wichtiger sind als die absolute Schuldenhöhe, sind jedoch in den letzten Jahren fühlbar gestiegen. Sie erreichten in den Jahren 1960 und 1961 bereits 1,62 Mrd. S und 2,47 Mrd. S, das sind 1,1% und 1,5% des Sozialproduktes (1937: 2,0%). Die durchschnittliche Verzinsung der Staatsschuld betrug in den Vergleichsjahren (1937, 1960 und 1961) 3,7%, 4,5% und 4,5%.